

Berthold, Norbert

Working Paper

Wege aus der institutionellen Verflechtungsfalle: Wettbewerb oder Kooperation?

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 77

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert (2005) : Wege aus der institutionellen Verflechtungsfalle: Wettbewerb oder Kooperation?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 77, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/22317>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

**Wege aus der
institutionellen Verflechtungsfalle –
Wettbewerb oder Kooperation?**

Norbert Berthold

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 77

2005

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

**Wege aus der institutionellen Verflechtungsfalle –
Wettbewerb oder Kooperation?**

**Vortrag auf dem 43. Kolloquium
„Den Reformen Perspektive geben“
der Walter-Raymond-Stiftung am 14. März 2005 in Berlin**

Norbert Berthold

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2

D-97070 Würzburg

Tel.: 0931-312925

Fax: 0931-312774

Email:

norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de

Gesundbeter haben wieder Hochkonjunktur. Die wirtschaftliche Entwicklung sei zu einem guten Teil reine Psychologie. Allein der Glaube der wirtschaftlichen Akteure an eine bessere Zukunft versetze Berge. Es sei notwendig, den Menschen klar zu machen, es gehe ihnen eigentlich viel besser als sie glaubten. Eine stärker dosierte konjunkturelle Medizin könne hier Wunder wirken. Diese keynesianischen Pillen sind allerdings seit Maastricht aus guten Gründen verschreibungspflichtig. Die nationalen Medizinmänner dürfen sie nur in kleinen Dosen verabreichen. Das aber hemme die wirtschaftliche Entwicklung überall in Europa, auch in Deutschland, so die Gesundbeter. Wirtschaftlich aufwärts gehe es erst wieder, wenn der Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert sei. Die politischen Totengräber der Europäischen Union haben den Pakt inzwischen beerdigt.

Das alles ist konjunkturelle Illusion, die Realität sieht anders aus. Seit über einem Vierteljahrhundert erreicht die Arbeitslosigkeit immer neue, traurige Rekorde. Vor allem gering Qualifizierte leiden darunter, sie sind immer öfter ohne Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Das ist die Klientel einer wachsenden neuen Armut und politischer Unruhe. Und wir sind noch schlechter als die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt. Gut sind wir nur darin, Arbeitslosigkeit zu verstecken. Die massenhaft hohe Arbeitslosigkeit legt auch offen, dass unsere umlagefinanzierten Systeme der sozialen Sicherung auf Treibsand gebaut sind. Sie wandeln allesamt schon heute immer öfter am Rande des finanziellen Abgrundes. Da die Kosten der sozialen Sicherung die Arbeit verteuern, ist ein Teufelskreismechanismus von finanziellen Defiziten und Arbeitslosigkeit unvermeidlich.

Auch auf dem Feld der föderalen Ordnung knirscht es. Der kooperative Föderalismus ist ins Gerede gekommen. Er verwischt politische Verantwortung, beeinträchtigt die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Politik, hat eine zentralistische Schlagseite und trifft die Vorstellungen der Bürger immer seltener. Es nimmt nicht wunder, wenn der Weg der deutschen Politik schon seit längerem mit Reformblockaden gepflastert ist. Daran hat auch die Föderalismuskommission nichts ändern können, sie ist kläglich gescheitert. Alles zusammen, die Misere auf dem Arbeitsmarkt, das finanzielle Desaster der Sozialversicherung und die organisierte Verantwortungslosigkeit der föderalen Ordnung spiegelt sich wie in einem Brennglas im wirtschaftlichen

Wachstum. Deutschland zählt zu den wirtschaftlich wichtigsten Ländern, die seit langem am langsamsten wachsen.

Deutschland hat kein konjunkturelles, es hat ein strukturelles Problem, Deutschland ist in einer institutionellen Verflechtungsfalle gefangen. Wenn es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen soll, hilft keine konjunkturelle Medizin, die macht den Patienten nur noch kränker. Aufwärts geht es erst wieder, wenn sich strukturell grundlegendes ändert. Das institutionelle Arrangement ist von Grund auf zu erneuern, es muss wieder auf Markt und Wettbewerb getrimmt und darf nicht weiter von Umverteilung dominiert werden. Da die einzelnen institutionellen Elemente eng aufeinander abgestimmt und miteinander verflochten sind, müssen alle relevanten Institutionen auf den Prüfstand. Das gilt für den Arbeitsmarkt, es trifft für den Bereich des Sozialen und die föderale Ordnung zu. Wer Deutschland wieder voranbringen will, muss überall ansetzen, möglichst gleichzeitig.

1. Warum hat sich Deutschland in einer institutionellen Verflechtungsfalle verfangen?

Wenn ein Land wirtschaftlich ernsthaft in Schwierigkeiten ist, sind die Anpassungslasten, die es verarbeiten muss, offensichtlich größer als die eigene Kapazität, mit ihnen fertig zu werden. Das gilt für alle Länder, die in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind, ganz besonders aber für Deutschland. Die wirtschaftlichen Lasten, die es in den letzten 25 Jahren schultern musste, waren erheblich. Europa- und weltweit offenere Märkte haben mit dazu beigetragen, den Prozess der wirtschaftlichen Veränderung zu beschleunigen. Vor allem die neuen Bundesländer traf es nach der Wiedervereinigung hart. Das wirtschaftliche Umfeld ist volatiler geworden, die unternehmerischen Risiken sind gestiegen, die wirtschaftliche Entwicklung verläuft seither heterogener. Das gilt nicht nur für Sektoren und Unternehmen, es trifft auch für die Arbeit zu.

Wer bei steigenden Anpassungslasten wirtschaftlich nicht auf der Strecke bleiben will, muss alles daran setzen, die Anpassungskapazität zu erhöhen. Das erfordert mehr Flexibilität und Mobilität. Die richtige Antwort auf die höhere wirtschaftliche Vo-

latilität, die sektoralen und regionalen Verschiebungen und die veränderte Nachfrage nach unterschiedlichen Qualitäten von Arbeit sind flexiblere relative Preise, sektoral, regional und qualifikatorisch. Das ist allerdings nicht mehr als ein Anfang. Mit flexiblen relativen Preisen kann man zwar Zeit kaufen, sich an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten anzupassen, mehr aber auch nicht. Eher über kurz als lang müssen die Produktionsfaktoren allerdings die Bereiche ohne Zukunft verlassen und in die zukunftssträchtigen wandern. An einer höheren sektoralen, regionalen und beruflichen Mobilität führt kein Weg vorbei.

Korporatismus und marktwirtschaftliche Ordnung

Wie flexibel und mobil wirtschaftliche Akteure auf veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten reagieren, hängt wesentlich vom installierten institutionellen Arrangement ab. Globalisierung, europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung sind der institutionelle Lackmustest. Die Erfahrung lehrt, eine offene Gesellschaft, die auf Markt und Wettbewerb setzt, sieht solche Anpassungsprozesse weniger als Risiko, sie nutzt sie als Chance. Mehr Wohlstand für alle stellt sich ein, wenn der Staat einen adäquaten ordnungspolitischen Rahmen schafft. Er muss dafür Sorge tragen, dass private Eigentumsrechte wirksam geschützt werden und der Zugang zu den Märkten auch wirklich offengehalten wird. Das schlechte Abschneiden Deutschlands deutet darauf hin, dass dies nicht der Fall ist¹. Institutionen und ökonomische Wirklichkeit passen nicht mehr zueinander.

Dieser ‚institutionelle mismatch‘ entstand nicht von heute auf morgen. Er entwickelte sich in einem langen, schleichenden Prozess, geprägt vom Verlust an wirtschaftlicher Freiheit, ausgelöst durch umverteilungspolitische Irrtümer und konjunkturpolitischen Steuerungswahn. Seine korporatistischen Wurzeln reichen tief². Ein ausgeprägtes Misstrauen gegen Markt und Wettbewerb ist eine gute Basis, eine starke Präferenz für Gleichheit verstärkt diese Entwicklung. Die Koordination der Interessen über ökonomische Märkte hat in einem solchen Umfeld einen schweren Stand gegen den

¹ Vgl. Gwartney, J. und R. Lawson, Economic Freedom of the World. 2004 Annual Report. Fraser Institute. Vancouver B.C. 2004

² Vgl. Berthold, N. und R. Hank, Bündnis für Arbeit: Korporatismus statt Wettbewerb. Tübingen 1999 und Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Aktuelle Formen des Korporatismus. Berlin 2000

Ausgleich organisierter Interessen über politische Märkte. Die Institutionen werden weniger an der ökonomischen Effizienz, sondern an den Zielen organisierter Interessen ausgerichtet. Dabei bleibt nicht nur der Wohlstand, oft auch die Gerechtigkeit auf der Strecke.

Eine Gesellschaft, die von Wettbewerb wenig hält, ist ein idealer Nährboden für den korporatistischen Bazillus. In einem solchen Umfeld existieren Renten, auf die es Interessengruppen abgesehen haben³. Wenn es an Wettbewerb zwischen Unternehmen mangelt, entstehen Monopolrenten. International wenig offene Gütermärkte begünstigten lange Zeit solche Renten. ‚Quasi-Renten‘ entstehen, wenn die Arbeitsplatzbesitzer über Marktmacht verfügen. Hohe Kosten des Arbeitsplatzwechsels, kurzfristig irreversible Komplementaritäten von Arbeit und Kapital, aber auch gut organisierte Arbeitnehmer begünstigen solche Renten. Starke Gewerkschaften verstärken diese Entwicklung, da sie ihr Gewicht im politischen Prozess nutzen, um Regulierungen durchzusetzen, die Arbeitsmärkte noch weniger wettbewerbsfähig gestalten und so Renten schaffen.

Die Existenz von Renten ist das eine, sie auch wirklich abschöpfen zu können, das andere. Dazu sind nur gut organisierte Interessengruppen in der Lage. Solche entstehen vor allem im Bereich Arbeit und Soziales um so leichter, je ‚formierter‘ die Arbeitswelt ist. Der lange Zeit dominierende metallverarbeitende industrielle Sektor mit seinen Großunternehmen, seiner fordistischen Produktionsweise und den tonangebenden Facharbeitern, die sich gewerkschaftlich organisierten, war ein Eldorado korporatistischer Aktivitäten. Dieses marktwidrige Agieren wurde erleichtert, weil die Interessen innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber relativ homogen waren. Das alles erlaubte einheitliche Lösungen, die zentral ausgeführt werden konnten. Damit waren die Voraussetzungen ideal, existierende Renten auch abschöpfen zu können.

Auch korporatistische Lösungen sind nicht ohne Kosten, zumeist sind es allokativen, oft auch distributiven. Solche Arrangements sind nur stabil, wenn sie einen Dritten haben, der bereit ist, die Zeche zu zahlen. Die Beteiligten, Tarifpartner und ihre staatlichen Gehilfen, fanden diesen Dritten in den lange Zeit relativ wehrlosen zukünftigen

³ Für eine ausführlichere Darstellung vgl. N. Berthold, Das Bündnis für Arbeit – Ein Weg aus der institutionellen Verflechtungsfalle?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 2 (2001), S. 385 - 388

Generationen, denen sie die Kosten dieser ‚Rentenpolitik‘ aufbürdeten. Mit den umlagefinanzierten Systemen der sozialen Sicherung und der Haftungsgemeinschaft des kooperativen fiskalischen Föderalismus existieren solche Institutionen. Für alle Fälle nutzte der Staat auch über Maastricht hinaus die Möglichkeit, die Lasten korporatistischer Aktivitäten über explizite staatliche Verschuldung zukünftigen Generationen aufzubürden.

Gesellschaften, die für Korporatismus anfällig sind, landen über kurz oder lang in einer institutionellen Verflechtungsfalle. ‚Gresham’s law‘ gilt auch hier: Korporatistische Lösungen verdrängen marktliche. Dabei werden nicht-marktliche Aktivitäten zentral organisiert. Das gilt nicht nur für die Tarifverhandlungen, es trifft auch für den Sozialstaat und die föderale Ordnung zu. Ein ‚institutioneller mismatch‘ ist unvermeidlich. Die veränderte ökonomische Wirklichkeit erfordert dezentrale Lösungen, das korporatistische Arrangement ist aber überhaupt nur temporär stabil, wenn es möglichst zentral agiert. Das inadäquate institutionelle Arrangement liegt wie Mehltau auf der wirtschaftlichen Entwicklung. Sich aus diesem inflexiblen polit-ökonomischen Gleichgewicht zu befreien und sich für ein flexibles zu entscheiden, fällt ausgesprochen schwer.

Arbeit, Soziales und Föderales

Die anhaltend hohe, massenhafte Arbeitslosigkeit, eine sich verschärfende Krise des Sozialstaates und eine föderale Ordnung, die immer öfter Reformen blockiert, haben eines gemeinsam: Überall wird Wettbewerb ausgehebelt, überall wird Verantwortung verwischt, überall dominieren Kooperation und Korporatismus. Das ist in Zeiten der Globalisierung weder effizient noch gerecht, wie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt. Weltweit offenere Güter- und Faktormärkte haben auf den Arbeitsmärkten zumindest dreierlei verändert: Erstens ist die Nachfrage nach Arbeit instabiler, zweitens hat sich die Struktur der Arbeitsnachfrage verändert, drittens ist die Nachfrage nach Arbeit elastischer. Die eigentlich Leidtragenden dieser Entwicklung sind die gering Qualifizierten.

Das muss nicht so sein. Sowohl gegen die volatile wirtschaftliche Umwelt als auch die veränderten sektoralen, regionalen und beruflichen Strukturen und die größere

Elastizität der Arbeitsnachfrage gibt es probate Mittel: flexible Reallöhne, flexible Lohnstrukturen, mobile Arbeit. Von alledem ist allerdings wenig zu sehen. Das hat einen guten Grund: Auf den Arbeitsmärkten ist Wettbewerb allenfalls eine Restgröße⁴. Die Arbeitsmärkte sind wettbewerbliche Ausnahmereiche. Dort hat nicht der Wettbewerb das Sagen, dort dominiert ein Tarifkartell. Und das wird vom Staat gestützt. Gesetzliche und arbeitsrechtliche Regelungen, wie die betriebliche Regelungssperre, das Günstigkeitsprinzip, die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung oder die lange Nachwirkung von Tarifverträgen schirmen das Kartell von möglichem Restwettbewerb ab.

Die Mächtigen am Arbeitsmarkt, die Arbeitsplatzbesitzer und ihre gewerkschaftlichen Vertreter, haben dort solange das Sagen, wie es ihnen gelingt, die beschäftigungspolitischen Lasten auf Dritte abzuwälzen. Dabei hilft ihnen beim gegenwärtigen institutionellen Arrangement zumeist der Staat als Sozialstaat. Die Tarifpartner nutzen einen seit den späten 60er und frühen 70er Jahren ausgebauten, zentral agierenden Sozialstaat, über den sie erhebliche Teile der Anpassungslasten des strukturellen Wandels auf Dritte überwälzen. Das war die offizielle Arbeitsmarktpolitik der alten Bundesregierung unter Norbert Blüm. Diese Strategie, Lasten zumeist auf zukünftige Generationen zu verlagern, weicht die Budgetrestriktion der Tarifpartner auf. Die Lohn- und Tarifpolitik orientiert sich weniger an den tatsächlichen Gegebenheiten auf den Arbeitsmärkten. Inflexible Löhne, starre Lohnstrukturen, immobile Arbeit und Arbeitslosigkeit sind unvermeidlich.

Der Sozialstaat hat nicht nur mit Lasten zu kämpfen, weil er Opfer der Tarifpartner wird. Auch politische Entscheidungsträger, die eigenen Mitglieder und seine Finanzierungsstruktur setzen ihm schwer zu⁵. Die Politik bürdet ihm immer neue umverteilungspolitische Lasten auf, die Mitglieder üben sich in ‚moral hazard‘, die Finanzierung über den Faktor Arbeit erodiert die ökonomische Basis. Exogene Schocks wie Globalisierung, demographische Entwicklung und massenhafte Arbeitslosigkeit verstärken die hausgemachten Probleme. Allerdings: Der Sozialstaat schwächt sein finanzielles Immunsystem durch eigene Aktivitäten weiter. Er verlagert seine Produkti-

⁴ Vgl. Berthold, N., Flächentarif und Arbeitslosigkeit – Wie wichtig sind institutionelle Arrangements?, in: W. Franz u.a. (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Herausforderungen an der Jahrhundertwende. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren 30. Tübingen 2001, S. 43 - 71

⁵ Zu einer ausführlichen Analyse des selbstzerstörerischen Prozesses des Sozialstaates vgl. Berthold, N., Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung. Tübingen 1997

on auf die zentrale soziale Gerechtigkeit, die Herstellung sozialer Sicherheit gerät ins Hintertreffen. Das alles schwächt nicht nur seine Anpassungskapazität, auch die unserer Volkswirtschaft leidet.

Damit nicht genug: Die Tarifpartner nutzen auch den kooperativen Föderalismus, das dritte Element des institutionellen Arrangements, um den Staat in beschäftigungspolitische Geiselhaft zu nehmen⁶. Die Angst der Politiker um ihre Wiederwahl und der politische Einfluss der Tarifpartner helfen, die politischen Entscheidungsträger leichter für arbeitsmarktpolitische Aktivitäten zu gewinnen. Eine intransparente föderale Ordnung, die politische Verantwortung verwischt und Wettbewerb behindert, begünstigt die Lastverschiebung auf Dritte. Ein rigides Steuerkartell von Bund und Ländern, vielfältige Mischfinanzierungen und ein prohibitiver Länderfinanzausgleich verhindern nationalen Steuerwettbewerb, verstärken die fiskalische Haftungsgemeinschaft der Gebietskörperschaften und begünstigen einen teilweise „fremdfinanzierten“ Subventionswettbewerb der Bundesländer. Der kooperative Föderalismus hilft, einen Teil der beschäftigungspolitischen Lasten zu sozialisieren.

Der Exekutivföderalismus basiert auf einer starken Präferenz der Bürger für soziale Gerechtigkeit. Die sollte nach allgemeiner Vorstellung zentral angeboten werden. Es nimmt nicht wunder, dass der Sozialstaat die treibende Kraft der Zentralisierung der föderalen Ordnung ist. Die zentralistische Schlagseite zeigt sich in bundeseinheitlichen arbeitsmarkt- und sozialpolitisch motivierten Regulierungen, einer weitgehend einheitlichen Sozialhilfe und regional identischen Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Damit gerät die föderale Ordnung immer mehr in einen Widerspruch zu einer veränderten Realität, die nur effizient gemeistert werden kann, wenn das institutionelle Arrangement dezentraler wird. Die Anpassungskapazität auf dem Arbeitsmarkt leidet, regionale, sektorale und qualifikatorische Lohnstrukturen sind wenig differenziert und inflexibel.

Die föderale Ordnung ist der Schlüssel, der institutionellen Misere zu entkommen und den Reformstau aufzulösen. Notwendige Reformen werden nur auf den Weg gebracht, wenn es gelingt, das Land wieder reformfähig zu machen. Das hängt entscheidend von der föderalen Ordnung ab, ob sie Reformen begünstigt oder behindert.

⁶ Vgl. Berthold, N., Der Föderalismus und die Arbeitslosigkeit: Eine vernachlässigte Beziehung, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 24 (1998), S. 345 - 366

dert. Allein eine lernende föderale Ordnung kann die notwendigen Reformimpulse geben. Das ist nur bei einem dezentral organisierten föderalen Gemeinwesen mit institutionellen Wettbewerb der Fall⁷. Bei einer föderalen Ordnung wie dem kooperativen Föderalismus, die Wettbewerb weitgehend ausschaltet, trifft dies nicht zu. Wenn Deutschland wirtschaftlich wieder auf einen grünen Zweig kommen will, muss es dafür Sorge tragen, eine föderale Ordnung zu installieren, die Reformen zulässt. Was Not tut, ist eine Reform der Reformfähigkeit.

2. Welche Schritte sind notwendig, die institutionellen Verkrustungen aufzubrechen?

Auf die neue wirtschaftliche Umwelt sollte ursachenadäquat reagiert werden. Die Versuchung ist aber groß, an Symptomen zu kurieren und wirtschaftliche Veränderungen zu blockieren. Das ist ohne Intervention und Protektion nicht zu haben, die Quellen des Wohlstandes versiegen, alle verlieren. Aber auch der Versuch, strukturelle Veränderungen mit konjunkturellen Mitteln zu bekämpfen, ist zum Scheitern verurteilt. Es gelingt nicht, exogene strukturelle Schocks konjunkturell zurückzuschocken. Notwendig ist zweierlei: Zum einen muss alles getan werden, politisch verursachte Schocks so gut es geht zu vermeiden. Mehr regelgebundenes, weniger diskretionäres Verhalten der Politik wäre adäquat. Zum anderen muss aber vor allem dafür Sorge getragen werden, die Märkte funktionsfähiger zu gestalten und damit die Anpassungskapazität zu erhöhen.

Der Befund ist eindeutig: Deutschland hat sich in einer institutionellen Verflechtungsfalle verfangen. Auch die Gründe sind klar: Es mangelt an Wettbewerb, überall. Wie anderswo im alten Europa auch haben die Deutschen eine starke Präferenz für Gleichheit, vor allem für Ergebnisgleichheit. An Gutmenschen herrscht kein Mangel. Da ihnen der Wettbewerb zumeist im Weg steht, wird marktliche Koordination immer öfter durch politische Steuerung ersetzt. Das installierte Geflecht auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich des Sozialen und der föderalen Ordnung erstickt Wettbewerb und wirtschaftliche Aktivität. Die Fähigkeiten der wirtschaftlichen Akteure, sich schnell und

⁷ Vgl. Feld, L.P., Fiskalischer Föderalismus in der Schweiz – Vorbild für die Reform der deutschen Finanzverfassung? Gütersloh u.a. 2004

flexibel an die neuen Gegebenheiten anzupassen, werden behindert. Man lässt Unternehmer nicht unternehmen, die Arbeitnehmer nicht arbeiten und die Politiker keine gute Politik machen.

Das ändert sich erst wieder, wenn die Institutionen der neuen wirtschaftlichen Realität angepasst werden. Auf eine volatilere wirtschaftliche Umwelt gibt es nur eine adäquate Antwort, mehr Flexibilität auf Güter- und Faktormärkten. Der wirtschaftlich größeren Heterogenität lässt sich erfolgreich nur mit mehr institutionellem Wettbewerb begegnen. Wer der Verwischung (beschäftigungs-)politischer Verantwortung wirksam vorbeugen will, muss Handlung und Haftung wieder stärker zur Deckung bringen. Das alles verlangt offenere ökonomische und politische Märkte, mehr Wettbewerb auf diesen Märkten, weniger Wettbewerbsbeschränkungen durch Kooperation und Korporatismus. Dann erodieren die ökonomischen Renten, die Mächtigen am Arbeitsmarkt verlieren ihren Einfluss, zukünftige Generationen werfen schon heute ihren Schatten, es wird mehr Ungleichheit akzeptiert, inter-personell und inter-regional.

Mehr Markt und Wettbewerb

Erst wenn auf dem Arbeitsmarkt wieder Markt und Wettbewerb herrschen, kann der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewonnen werden. Das erfordert vieles, vor allem aber eine wettbewerblichere Tarifautonomie. Der hohe Zentralisierungsgrad der Tarifaufinandersetzungen muss verringert, das Tarifikartell geknackt werden. Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit allerdings, die wie Pilze aus dem Boden schießen, müssen legalisiert und wirksame gesetzliche Öffnungsklauseln installiert werden. Dabei müssen die Betriebsparteien das letzte Sagen haben, ein Vetorecht der Tarifpartner darf es nicht geben⁸. Damit auf dem Arbeitsmarkt der Wettbewerb funktionsfähig ist, muss die betriebliche Regelungssperre fallen, die Günstigkeit anders interpretiert, die Tarifgebundenheit aufgelockert, die Allgemeinverbindlichkeit abgeschafft und die Nachwirkung von Tarifverträgen verkürzt werden. Kündigungen sind zu erleichtern, befristete Arbeitsverträge zu erweitern, Leiharbeit zu fördern, ertragsabhängige Entlohnungen zu forcieren.

⁸ Vgl. Berthold, N., M. Brischke und O. Stettes, Betriebliche Bündnisse für Arbeit – Eine empirische Erhebung für den deutschen Maschinen- und Anlagebau. Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik. Nr. 68. Würzburg 2003

Von Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen, sind ältere Arbeitnehmer, Frauen und gering Qualifizierte. Diese Gruppen brauchen besonderer Hilfe, eine Hilfe zur Selbsthilfe. Ältere Arbeitnehmer haben nur eine Chance, auf einen regulären Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt, wenn sich ihre Arbeit für Unternehmen wieder rechnet⁹. Das ist nur der Fall, wenn sich Arbeitsproduktivität und Entlohnung entsprechen. Damit muss von der Entlohnung nach Seniorität abgerückt, der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer gelockert, nicht verschärft werden. Aber auch die Anreize älterer Arbeitnehmer, eine Arbeit aufzunehmen, müssen gestärkt werden. Das macht es notwendig, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung altersabhängig degressiv auszugestalten und die Abschläge bei der Frühverrentung versicherungsadäquat zu berechnen.

Die Arbeitslosigkeit unter Frauen ist hoch, deren Erwerbsquote international eher gering. Das ist misslich, weil die Nachfrage nach Hochqualifizierten weiter steigen wird. Das Potential der Frauen kann nur erschlossen werden, wenn es gelingt, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen. Ein flexiblerer Arbeitsmarkt ist eine wichtige Voraussetzung. Nur so können genügend Teilzeitarbeitsplätze bereitgestellt, flexiblere Beschäftigung ermöglicht und ein problemloserer Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt realisiert werden¹⁰. Gleichzeitig ist auch eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung unabdingbar. Geringere Steuern und Abgaben verringern auch die Preise für private Dienstleistungen, gerade auch für Kinder. Die Nachfrage auf privaten Märkten nimmt zu, die häusliche Produktion wird unattraktiver, Beruf und Familie lassen sich leichter vereinbaren.

Wirklich desolat ist die Lage auf den Arbeitsmärkten für einfache Arbeit. Die Nachfrage nach gering Qualifizierten wird im Zuge der Globalisierung hierzulande weiter sinken. Diese Entwicklung lässt sich nur in Grenzen halten, wenn ein Niedriglohnsektor installiert wird. Eine reguläre Beschäftigung findet einfache Arbeit nur, wenn sich Lohn und Produktivität entsprechen. Alles was die Mindestlöhne senkt, schafft mehr Arbeit. Das macht es notwendig, die faktischen Mindestlöhne Arbeitslosengeld II und

⁹ Vgl. Funk, L., Mehr Beschäftigung für Ältere. Lehren aus dem Ausland. Beiträge zur Ordnungspolitik. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln 2004

¹⁰ Vgl. Berthold, N. und R. Fehn, Familienpolitik: Ordnungspolitische Leitplanken im dichten Nebel des Verteilungskampfes, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71 (2002), S. 26 – 42; Berthold, N., Ordnungspolitik ist die beste Familienpolitik, in: Neue Züricher Zeitung vom 26. Oktober 2002, S. 27

Sozialgeld zu reformieren. Die Höhe der Leistungen muss verringert, die Transferenzugsrate erhöht und die Zumutbarkeit verschärft werden¹¹. Aber auch die Arbeitsmarktpolitik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der zentralistische Weg des ALG II ist ein Irrweg, dezentrale Lösungen vor Ort sind ein Gebot der Stunde. Wichtig ist schließlich, dass die Gewerkschaften ihre ungerechte tarifliche Sockellohnpolitik aufgeben und die Politik der Versuchung widersteht, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen.

Das alles läuft ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Kanäle zu verstopfen, über die beschäftigungspolitische Lasten auf Dritte abgewälzt werden. Eine grundlegende Reform des Sozialstaates ist das eine. Mehr Privatisierung, mehr Wettbewerb und mehr Dezentralisierung sind die Mittel. Das gilt für die Systeme der sozialen Sicherung ebenso wie für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Mindestens ebenso wichtig ist allerdings, dass die Kanäle verstopft werden, über die ein kooperativer Föderalismus finanzielle Lasten auf zukünftige Generationen verlagert. Notwendig ist eine Reform hin zu mehr wettbewerblichem Föderalismus. Wenn es gelingt, diese Kanäle nachhaltig zuzuschütten, können die Tarifpartner auf den Arbeitsmärkten auch nicht mehr so viel beschäftigungspolitischen Unsinn anrichten. Der Beschäftigung und der Entwicklung des Wohlstandes täte es gut.

Kanäle zuschütten

Eine institutionelle Reform darf vor dem Sozialstaat nicht Halt machen. Das gilt nicht nur, weil er weder effizient noch gerecht ist, er ist auch ein wichtiges Element im institutionellen Ensemble. Er begünstigt markwidrige Umtriebe auf den Arbeitsmärkten, er ist aber auch treibende Kraft, die föderale Ordnung zu zentralisieren. Eine grundlegende Reform ist unvermeidlich, der drohende finanzielle Kollaps zwingt dazu. Der Sozialstaat der Zukunft sollte sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren¹². Er sollte nur dort aktiv sein, wo er besser ist als der Markt. Das ist bei der sozialen Sicherheit wohl nur noch der Fall, wenn es darum geht, die Individuen gegen das Risiko der

¹¹ Vgl. Berthold, N. und S. v. Berchem, Die Sozialhilfe zwischen Effizienz und Gerechtigkeit – wie kann der Spagat gelingen?, in: N. Berthold und E. Gundel (Hrsg.), Theorie der sozialen Ordnungspolitik. Stuttgart 2003, S. 137 – 157

¹² Vgl. Berthold, N., Mehr Effizienz und Gerechtigkeit: Wege zur Entflechtung des Sozialstaates, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 6 (2005), S. 233 – 254

Arbeitslosigkeit abzusichern. Auf dem Felde der sozialen Gerechtigkeit ist er dem Markt im Kampf gegen die Armut weiter überlegen. Wirklich schlagkräftig bleibt er allerdings nur, wenn er die soziale Gerechtigkeit vor Ort produziert, dezentrale Lösungen sind effizienter als zentrale.

Der Sozialstaat hat seine komparativen Vorteile verloren, wenn es darum geht, die Individuen gegen die Risiken von Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Alter abzusichern. Das können Kapital- und Versicherungsmärkte besser. Die Privatisierung auf dem Felde der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sollte beschleunigt werden. Eine stärkere Kapitalfundierung der Systeme der sozialen Sicherung drängt nicht nur die Umlagefinanzierung zurück. Sie hilft auch gegen Tarifpartner, Politiker, eigene Mitglieder, finanzielle Teufelskreise und demographische Schocks. Das alles kommt auch den Arbeitsmärkten zugute. Die Finanzierung der Sozialsysteme wird von den Arbeitskosten abgekoppelt, die Tarifpartner können vor allem die Rentenversicherung nicht mehr als Lastesel benutzen, beschäftigungspolitische Lasten auf zukünftige Generationen abzuwälzen.

Auch die Arbeitslosenversicherung ist reformbedürftig¹³. Notwendig ist mehr Versicherung und weniger Umverteilung, am besten ausgelagert in das Steuer-Transfer-System. Das Versicherungsgeschäft wird vom operativen Geschäft der Beratung, Vermittlung und Qualifizierung getrennt. Die Arbeitslosenversicherung wird von der Bundesagentur unabhängig. Sie schließt Versicherungsverträge mit den Arbeitnehmern über Geld- und Sachleistungen, sie administriert die Versicherung selbst. Beratung, Vermittlung und Qualifizierung können von privaten aber auch staatlichen Anbietern erbracht werden. Das können Arbeitsämter oder Kommunen sein. Die Arbeitslosenversicherung erstattet die Kosten. Eine so organisierte Arbeitslosenversicherung bringt nicht nur mehr institutionellen Wettbewerb ins System, sie verengt auch den Kanal, über den die Tarifpartner versuchen könnten, beschäftigungspolitische Lasten auf Dritte abzuwälzen.

Der Sozialstaat hat im Kampf gegen die Armut nur Erfolg, wenn er auf ein neues Paradigma der Gerechtigkeit setzt. Staatliche Hilfe der Zukunft wird wieder eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wer als arbeitsfähiger Arbeitsloser in Not geraten ist, wird vom

¹³ Vgl. Berthold, N. und S. v. Berchem, Reform der Arbeitslosenversicherung – Markt, Staat oder beides?, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 53 (2004), S. 287 - 314

Staat nur unterstützt, wenn er arbeitet. Die Grundsicherung wird effizienter organisiert werden. Das angelsächsische Modell der ‚earned income tax‘ wird kaum zum Zuge kommen. Eine Reform der Grundsicherung mit niedrigen Sätzen, geringeren Transferentzugsraten, schärferen Zumutbarkeitsregeln und mehr Sachleistungen ist aber unumgänglich. Und noch eines ist unabdingbar: Die Solidarität muss weniger zentral, sie muss stärker lokal organisiert werden. Die Kommunen müssen die Grundsicherung in eigener Regie gestalten, die faktischen Mindestlöhne müssen sich an den regionalen Gegebenheiten auf den Arbeitsmärkten vor Ort orientieren, nur dann geht die Arbeitslosigkeit zurück¹⁴.

Nur eine föderale Ordnung, die stärker auf Wettbewerb setzt, hat Platz in einem neuen institutionellen Arrangement, das aus der Verflechtungsfalle herausführt. Auch im politischen Bereich muss wieder gelten, wer handelt, haftet auch. Nur dann wird Verantwortung weniger verwischt, der Leviathan gezähmt und die Kräfte der Zentralisierung in Schach gehalten. Das macht es notwendig, die Kompetenzen zu entflechten. Rahmengesetze sollten entfallen, die konkurrierende Gesetzgebung sollte abgeschafft werden. Mehr institutionelle Kongruenz erfordert auch eine adäquate Finanzordnung. Die finanzielle Autonomie von Ländern und Kommunen sollte gestärkt werden, anstelle des Verbundsystems sollte eine Zuschlagslösung eingeführt werden. Die Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen sollten abgeschafft, Subventionsgesetze beseitigt werden.

Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, der Politik könnte es gelingen, ganze Kompetenzblöcke zu verschieben und ein Trennsystem einzuführen. Der erfolgversprechendere Weg geht über regionale Experimente vor allem im Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht. Eine Zugriffsgesetzgebung der Bundesländer könnte diesen Weg ebnen¹⁵. Das setzt allerdings voraus, dass sich Deutschland von der Illusion gleichwertiger Lebensverhältnisse verabschiedet. Die regionalen Experimente schaffen Ländern und Kommunen mehr Handlungsspielräume, sie sind der Motor eines ver-

¹⁴ Hartz IV geht in eine ganz andere Richtung. Das Arbeitslosengeld II ist zwar niedriger als die bisherige durchschnittliche Arbeitslosenhilfe aber oft höher als die alte Sozialhilfe. Der faktische Mindestlohn für die meisten Langzeitarbeitslosen ist deshalb gestiegen. Was noch schwerer wiegt ist allerdings, dass die Zentralisierung nicht ab-, sondern zugenommen hat. Die dezentralen kommunalen Beschäftigungsprogramme wurden zerstört, die Arbeitsgemeinschaften sind zentralistisch organisiert, die 69 Optionsmodelle sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

¹⁵ Vgl. Scharpf, F.W., Föderale Politikverflechtung: Was muß man ertragen? Was kann man ändern?, in: K. Morath (Hrsg.), Reform des Föderalismus. Bad Homburg 1999, S. 34 – 35 und Berthold, N., Zeit für Experimente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 2003, S. ??.

stärkten horizontalen Wettbewerbs. In Abhängigkeit von den Problemen vor Ort werden unterschiedliche Lösungen ausprobiert, wenn sie gelingen, werden sie von anderen nachgeahmt, wenn sie misslingen, werden sie eingestellt. Ein Bundesarbeits- und ein Bundessozialgericht sind nicht mehr notwendig, sie behindern den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nur.

Um zu verhindern, dass Lasten auch weiter auf Dritte abgewälzt werden, ist ein sanktionsbewehrter Haftungsausschluss notwendig. Das ‚bündische Prinzip‘ muss neu interpretiert werden. Die finanzielle Hilfe von Bund und Bundesländer sollte sich, wie in anderen entwickelten Ländern auch, nur noch auf absolute Notfälle beschränken¹⁶. Der Länderfinanzausgleich sollte aber auch anreizverträglicher ausgestaltet und transparenter sein. Das reicht allerdings nicht: Die wichtigeren Kanäle der inter-regionalen Umverteilung, wie der implizite Finanzausgleich in den Systemen der sozialen Sicherung, der heimliche Finanzausgleich über die aktive Arbeitsmarktpolitik¹⁷ oder der kaschierte Finanzausgleich über die Regional- und Strukturpolitik sollten verstopft werden. Das würde die institutionelle Kongruenz fördern und den wettbewerblichen Föderalismus ans Laufen bringen.

3. Kann es in demokratischen Ordnungen gelingen, der institutionellen Verflechtungsfalle zu entkommen?

Was zu tun ist, scheint klar, wie es im politischen Prozess umgesetzt werden soll, allerdings nicht. Darüber wissen nicht nur Ökonomen relativ wenig¹⁸. Eines zeigt das institutionelle Arrangement allerdings: Die Elemente Arbeit, Soziales und Föderales sind eng aufeinander abgestimmt. Damit wären eigentlich reformatorische Aktivitäten

¹⁶ Das klingt gut, ob es das allerdings auch in der Realität sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Erfahrung mit ‚No-bail-out-Klauseln‘ zeigt, dass sie oft nicht so ausgestaltet werden können, dass sie im politischen Prozess eingehalten werden. Der Fall Maastricht zeigt das noch einmal eindringlich. Wo sie aber einigermaßen glaubwürdig sind, besteht eine Tendenz, die Verschuldung von den untergeordneten Gebietskörperschaften auf übergeordnete zu verlagern. Vgl. McKinnon, R., Alternative exchange-rate regimes, the EMU, and Sweden: the fiscal constraint, in: Swedish Economic Policy Review, 4 (1997), S. 204. Das wäre in Europa allerdings eindeutig kontraproduktiv, wenn die EU auf diesem Weg an eigene Verschuldungsmöglichkeiten kommen würde.

¹⁷ Vgl. Koller, M., W. Schiebel und A. Stichter-Werner, Der heimliche Finanzausgleich. IAB Kurzbericht Nr. 16. vom 5. September 2003

¹⁸ Vgl. Castanheira, M. u.a., How to Gain Political Support for Reforms? Paper presented at the Conference ‘Structural Reform without Prejudices’. Lecce, June 19, 2004; Straubhaar, T. u.a., Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz/Deutschland. Zürich 2004

notwendig, die am besten an allen kritischen Fronten gleichzeitig angreifen, nicht punktuelle Reformen. Eine solche Strategie wäre nicht nur zielorientierter, Reformen überall gleichzeitig verstärkten die positiven Effekte der wirtschaftlichen Entwicklung. Kosten und Erträge von Reformen fielen zeitlich weniger stark auseinander. Die Gefahr des politischen Selbstmordes wäre geringer, die Bereitschaft der Politiker nähme zu, das ganze Ensemble des institutionellen Arrangements von Grund auf zu sanieren.

Weder Wähler noch Politiker haben ernsthaft darüber nachgedacht, wie Reformen politisch umgesetzt werden können. Noch glauben nämlich beide, der neuen Realität ein Schnippchen schlagen zu können. Viele in Politik, Verbänden und Gewerkschaften hoffen noch immer, die wirtschaftliche Lage ließe sich mit alten Medikamenten kurieren, mit konjunkturellen, protektionistischen und korporatistischen. Aber weder konjunkturelle Mittel, für deren Einsatz die Politik gerade den Stabilitäts- und Wachstumspakt beerdigt hat, noch protektionistische Instrumente, für die eine neue Dienstleistungsrichtlinie in Europa den Weg ebnen soll, sind geeignet, aus der institutionellen Verflechtungsfalle zu kommen. Auch der Vorschlag, auf korporatistische Bündnisse für Arbeit, auf neue Kungelrunden, zu setzen, ist ungeeignet. Der Bock würde endgültig zum Gärtner.

Die Zeiten korporatistischer Aktivitäten sind ein für allemal vorbei. Mit der Globalisierung hat sich der Wettbewerb verschärft, die ökonomischen Renten auf Güter- und Faktormärkten erodieren, die Anreize gehen zurück, sich korporatistisch zu verhalten. Gleichzeitig wandelt sich die Arbeitswelt. Eine organisatorische Revolution rüttelt an den Grundfesten der fordistischen Produktion. Arbeit und Kapital werden heterogener, sie lassen sich weniger gut organisieren. Das Arbeitsmarktfundament des Korporatismus bröckelt. International mobiles Kapital stärkt die Widerstandskraft zukünftiger Generationen. Die Kapitalmärkte strafen die Volkswirtschaften, die weiter auf umlagefinanzierte Sozialsysteme setzen, mit höheren Zinsen. Damit erhöhen sie die Kosten korporatistischen Treibens und verengen die Kanäle der Lastverschiebung. Die Globalisierung ist der ‚weiße Ritter‘ der Kämpfer um neue Institutionen, sie sichert unseren Wohlstand.

Was die Globalisierung nicht schafft, erledigt die Demographie. Die zunehmende Alterung spielt schon mittelfristig den Libero des institutionellen Arrangements aus, die umlagefinanzierten Systeme der sozialen Sicherung. Vor allem die staatlich organisierte Alterssicherung, über die beschäftigungspolitische Lasten auf zukünftige Generationen verlagert wurden, wird nach dem demographischen Schock ein anderes Gesicht haben. Mehr individuelle Eigenvorsorge auf privaten Kapitalmärkten verschüttet den Hauptkanal der Lastverschiebung. Damit werden die notwendigen institutionellen Reformen überall ans Laufen gebracht, ein Domino-Effekt entsteht. Die Tarifpartner werden sich an den tatsächlichen Gegebenheiten auf den Arbeitsmärkten vor Ort orientieren. Der Anreiz, zentralistisch zu regulieren, wird sinken, die föderale Ordnung wird wettbewerbler.

Die eigentlich spannende Frage ist, ob die Reformen auf einen Schlag erfolgen, wenn ein bestimmter Punkt überschritten ist oder werden sie schrittweise angegangen, abhängig von der Schwere der Probleme. Alle Erfahrungen in reformfreudigeren Ländern zeigen, überall wurde schrittweise vorgegangen. Das wird auch hierzulande nicht anders sein. Der institutionelle Wandel ist längst in Gang. Er tritt allerdings eher heimlich auf. Hinter einer noch weitgehend unveränderten institutionellen Fassade tut sich vieles¹⁹. Auf den Arbeitsmärkten mischen betriebliche Bündnisse für Arbeit die Tarifaufonomie auf, Individuen sorgen längst auf privaten Kapitalmärkten für ihr Alter vor, Länder und Kommunen betreiben seit langem eigene aktive Arbeitsmarktpolitiken. Wie weit der Weg zu neuen Institutionen allerdings noch ist, zeigt das Ausmaß der Schwarzarbeit.

Politik, Verbände und Gewerkschaften blockieren den heimlichen institutionellen Wandel so gut es geht. Der gewerkschaftliche Kampf gegen betriebliche Bündnisse, der staatliche Ausbau der Grundsicherung in den Systemen der sozialen Sicherung, die faktische Austrocknung dezentraler aktiver Arbeitsmarktpolitik durch Hartz IV sind nur einige Beispiele. Es wäre schon viel für den Reformprozess gewonnen, wenn diese Akteure den institutionellen Wandel nicht behindern würden. Die Politik könnte allerdings helfen, den Prozess zu beschleunigen. Ein einfaches, kostengünstiges Mittel bestünde darin, regionale Experimentierklauseln zuzulassen. Das würde den institutionellen Wettbewerb schärfen und neue Problemlösungen aufzeigen. Deutsch-

¹⁹ Vgl. Hassel, A., Ganz ohne Ruck – wie das deutsche Modell sich wandelt. Antrittsvorlesung, Ruhr-Universität Bochum, 4. Februar 2004

land würde entscheidende Reformimpulse erhalten, wenn die Föderalismuskommission in diesem Sinne erfolgreich wäre. Die Reform des Föderalismus ist in der Tat die Mutter aller Reformen.

Seit 2002 erschienen:

Nr. 51 Familienpolitik: Ordnungspolitische Leitplanken im dichten Nebel des Verteilungskampfes

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 71, Berlin, S. 26-42.

Nr. 52 Die Zukunft der europäischen Sozialpolitik: Wettbewerb oder Koordination?

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2002

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 28, Baden-Baden, S. 36-58.

Nr. 53 Struktureller Wandel, „new economy“ und Beschäftigungsentwicklung: Welche Rolle spielen die institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: Schäfer, W.: *Konjunktur, Wachstum und Wirtschaftspolitik im Zeichen der New Economy*, Berlin, S. 35-67.

Nr. 54 Arbeitsmarktflexibilisierung und Arbeitslosigkeit

von Rainer Fehn, 2002

erschienen in: Blien, U.: *Institutionelle Rahmenbedingungen für Beschäftigungspolitik in den Niederlanden und in Deutschland*, Nürnberg, S. 43-82.

Nr. 55 Unterentwickelter Risikokapitalmarkt und geringe Beschäftigungsdynamik:

Zwei Seiten derselben Medaille im strukturellen Wandel

von Ansgar Belke und Rainer Fehn, 2002

erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Bd. 51, Stuttgart 2002, 3, S. 344-375.

Nr. 56 Opting-Out Klauseln und der europäische Einigungsprozess: Eine sezessionstheoretische Analyse

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2002

erschienen in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bd. 29, Baden-Baden 2003, S. 137-158.

Nr. 57 Sozial- und Arbeitslosenhilfe: aus der Armutsfalle zur Hilfe zur Selbsthilfe

von Norbert Berthold, 2002

erschieden in: Raddatz, G.: *Bürgernah fördern und fordern: Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung*; Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung, Berlin 2003, S. 11-20.

Nr. 58 Sozialhilfe im wettbewerblichen Föderalismus: Erfahrungen der USA, Lehren für Deutschland

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2002

erschieden in: Raddatz, G.: *Bürgernah fördern und fordern: Konzepte für eine effiziente Arbeitsvermittlung und Grundsicherung*; Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung, Berlin 2003, S. 91-114.

Nr. 59 Die betriebliche Weiterbildung im organisatorischen Wandel,

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2002.

Nr. 60 Unemployment in Germany: Reasons and Remedies,

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2002

erschieden in: *CESifo working paper series*, 871, München 2002.

Nr. 61 Wohlstand der Nationen oder wem nützt die Globalisierung?,

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2003.

Nr. 62 Die Sozialhilfe zwischen Effizienz und Gerechtigkeit – wie kann der Spagat gelingen?,

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2003

erschieden in: Berthold, N.: *Theorie der sozialen Ordnungspolitik*, Stuttgart 2003, S. 137-157.

Nr. 63 Europas Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – was bewirken die Strukturfonds?,

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2003

Nr. 64 **Betriebliche Bündnisse für Arbeit - Gratwanderung zwischen Tarifbruch und Tariftreue**

von Norbert Berthold, Marita Brischke und Oliver Stettes, 2003

Nr. 65 **Mehr Effizienz und Gerechtigkeit: Wege zur Entflechtung des Sozialstaates**

von Norbert Berthold, 2003

Nr. 66 **Job-AQTIV, Hartz, Agenda 2010 – Aufbruch zu neuen Ufern oder viel Lärm um Nichts?**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2003

Nr. 67 **Zehn Jahre Binnenmarkt: Wie frei ist der europäische Arbeitnehmer wirklich?**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2003

Nr. 68 **Betriebliche Bündnisse für Arbeit - Eine empirische Untersuchung für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau**

von Norbert Berthold, Marita Brischke und Oliver Stettes, 2003

Nr. 69 **Deutschland im Herbst 2003 - Blockierter Standortwettbewerb der Bundesländer?**

von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2003

Nr. 70 **Reform der Arbeitslosenversicherung – Markt, Staat oder beides?**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2004

Nr. 71 **Ballungsprozesse im Standortwettbewerb: Was können die deutschen Bundesländer ausrichten?**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2004

Nr. 72 **Rot-grüne Reformen am Arbeitsmarkt – ein Armutszeugnis,**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2004

Nr. 73 **Mehr institutioneller Wettbewerb in Deutschland –**

Wirksame Hilfe für die neuen Bundesländer,

von Norbert Berthold, Holger Fricke und Matthias Kullas, 2004

Nr. 74 **Europäische Strukturpolitik – Gift für rückständige Regionen?,**

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2004

Nr. 75 **Der gemeinsame Europäische Fußballmarkt–**

benötigt Deutschland eine Ausländerklausel?,

von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005

Nr. 76 **Lokale Solidarität – die Zukunft der Sozialhilfe?,**

von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2005

unter folgender Adresse stehen die Beiträge im pdf-Format zum Download bereit:
<http://www.wifak.uni-wuerzburg.de/wilan/wifak/vwl/vwl4/publik/diskuwue.htm>